



**Antworten der  
Christlich Demokratischen Union Deutschlands  
(CDU)  
und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU)  
auf die Fragen des  
Zentralrates der Muslime in Deutschland e. V.**

## **I. Fragen zur Entwicklung des Islam in Deutschland**

1. Setzt sich Ihre Partei für den zügigen Aufbau von islamischen Lehrstühlen an deutschen Hochschulen insbesondere zur Aus- und Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern ein?
2. Unterstützt Ihre Partei gleichermaßen die Errichtung von eigenen Bildungsreinrichtungen der Muslime?
3. Befürwortet Ihre Partei den Bau von Moscheen auch in deutschen Innenstädten?

## **II. Fragen zur Islampolitik**

1. Hat Ihre Partei ein eigenes Konzept für eine in sich schlüssige Islampolitik?
2. Sollte sich der Staat in Bund und Ländern seine muslimischen Ansprechpartner selbst zusammenstellen oder soll er mit dem legitimierten Koordinationsrat der Muslime (KRM), der bis zu 85 Prozent der islamischen Gemeinden in Deutschland vertritt (eine andere Spitzenvertretung gibt es nicht), verhandeln?
3. Bevorzugt oder privilegiert Ihre Partei einen der vier im KRM vertretenden Verbände?
4. Sind Sie angesichts der Meinungsumfragen, der Ausschreitungen gegen Muslime und ihre Einrichtungen und nicht zuletzt nach dem islamfeindlich begründeten Mord an einer Muslima in Dresden der Ansicht, dass die Islamfeindlichkeit bzw. Islamphobie in die politische Agenda der neuen Bundesrepublik aufgenommen werden soll?

## **III. Fragen zur Diskriminierung**

1. Was tut Ihre Partei gegen die Diskriminierung von Muslimen in Gesellschaft und Beruf?
2. Was tut Ihre Partei gegen die Diskriminierung insbesondere der Kopftuch tragenden Musliminnen in Gesellschaft und Beruf (auch im Öffentlichen Dienst)?
3. Könnte das Kopftuchverbot im öffentlichen Dienst auch ein Signal für die Diskriminierung Kopftuch tragender Muslimas in anderen Bereichen der Wirtschaft und Gesellschaft sein?

## **IV. Fragen zur DIK**

1. Ist Ihre Partei für Fortführung der Deutschen Islamkonferenz (DIK)?
2. Welche Ziele soll die Islamkonferenz verfolgen?

### **Zusammenfassende Antwort auf alle Fragen:**

Das christliche Bild vom Menschen und seiner unantastbaren Würde sowie die Verantwortung vor Gott sind für die CDU und CSU die zentrale Grundlage der Politik und der demokratischen Rechts- und Verfassungsstaaten. Dennoch wissen wir, dass sich aus christlichen Glauben kein bestimmtes politisches Programm ableiten lässt. Die Union ist für jeden offen, der die Würde, Freiheit und Gleichheit aller Menschen anerkennt. Auf der Grundlage dieser Überzeugung engagieren sich die CDU und CSU für die Integration der Muslime in Deutschland. Integration bedeutet für uns: Identifikation mit unserem Land, gleichberechtigte Teilhabe und Übernahme von Verantwortung.

„Der Islam ist Teil Deutschlands und Teil Europas, er ist Teil unserer Gegenwart und er ist Teil unserer Zukunft“. Dieser Satz des Bundesinnenministers Wolfgang Schäuble zeigt, welche große Bedeutung die Union der Integration und dem Dialog mit den in Deutschland lebenden Muslimen für ein gutes Zusammenleben von Menschen verschiedener Herkunft, kultureller und religiöser Prägung in unserem Land beimessen. Im September 2006 hat er dieser Überzeugung folgend die Deutsche Islam Konferenz ins Leben gerufen und damit – erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik – den Dialog zwischen dem deutschen Staat und den Muslimen in Deutschland institutionalisiert (siehe [www.deutsche-islam-konferenz.de](http://www.deutsche-islam-konferenz.de)).

Mit der Einberufung der Deutschen Islam Konferenz haben CDU und CSU ein deutliches Zeichen für eine breitere Akzeptanz der Muslime in der deutschen Gesellschaft gesetzt und zugleich die Muslime und ihre Organisationen in Deutschland aufgefordert, sich stärker zu öffnen und aktiv in den Integrationsprozess einzubringen. Ziel der Islamkonferenz ist

es, die gesellschaftliche und die religionsrechtliche Integration der Muslime in Deutschland zu fördern.

Auf der Grundlage der Ergebnisse der Islamkonferenz haben wir uns in den vergangenen vier Jahren intensiv für die Einführung islamischen Religionsunterrichts in deutscher Sprache und von in Deutschland ausgebildeten Lehrern an öffentlichen Schulen und die Etablierung von Lehrangeboten in islamischer Theologie an deutschen Hochschulen eingesetzt. Die Fortschritte auf diesem Gebiet in vielen unionsgeführten Bundesländern zeigen, dass CDU und CSU Vorreiter auf diesem Gebiet sind.

Aber auch auf anderen Feldern der Integration des Islams in Deutschland haben sich CDU und CSU positioniert. Gemäß dem Prinzip des Förderns und Forderns sehen wir den Bau von Moscheen in Deutschland als Zeichen der Integration. Zugleich haben wir aber auch deutlich gemacht, dass die Moschee-Gemeinden einen Beitrag zur Akzeptanz von Moscheen in Deutschland zu leisten haben, z. B. indem sie die erforderliche Transparenz schaffen. Parallel dazu haben wir uns für eine faire und differenzierte Berichterstattung über den Islam und Muslime in Deutschland eingesetzt. Nicht zuletzt haben wir immer wieder betont, dass es eine gemeinsame Aufgabe aller in unserer Gesellschaft ist, jeglichen Formen von Extremismus vorzubeugen. In diesem Zusammenhang wurde im Rahmen der Deutschen Islam Konferenz eine Koordinierungsstelle für die Sicherheitskooperation mit islamischen Organisationen geschaffen.

Für CDU und CSU ist die Islamkonferenz ein Erfolg. Sie hat den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland gestärkt. Wir wollen deshalb die Deutsche Islam Konferenz und damit den gesamtstaatlichen Dialog mit den Muslimen in Deutschland fortsetzen. Dabei wird es zukünftig darum gehen, wie die Teilhabe muslimischer Frauen und Mädchen am öffentlichen und gesellschaftlichen Leben gefördert werden kann. Zugleich soll sich die Islamkonferenz intensiv mit der praktischen Umsetzung ihrer Empfehlungen zur Förderung der gesellschaftlichen und

religionsrechtlichen Integration der Muslime in Deutschland befassen. Dies erfordert, die Islamkonferenz insgesamt noch stärker mit Ländern und Kommunen zu verzahnen.